

OTZ-Stichwort

Das Mandat des Bundestags für Afghanistan

Nach dem Afghanistan-Mandat des Bundestags vom 28. September 2005 kann die Bundeswehr im ganzen Land eingesetzt werden. Der Bundestag hatte der von der damaligen rot-grünen Bundesregierung beantragten Ausweitung des Einsatzgebietes in großer Eintracht zugestimmt. Damit sollte auch Deutschland in die Lage versetzt werden, innerhalb der Internationalen Schutztruppe (Isaf) unter dem Dach der Nato spontan und flexibel anderen Nationen in anderen Regionen im Fall von Ausschreitungen helfen zu können.

In dem Mandat heißt es: „Deutsche Streitkräfte werden in den Isaf-Regionen Kabul und Nord eingesetzt. Darüber hinaus können sie in der Isaf-Region West sowie im Zuge der weiteren Isaf-Ausdehnung in anderen Regionen für zeitlich und im Umfang begrenzte Unterstützungsmaßnahmen eingesetzt werden, sofern diese Unterstützungsmaßnahmen zur Erfüllung des ISAF-Gesamtauftrags unabwendbar sind.“

Damit hat das Isaf-Kommando weitgehend freie Hand. Das deutsche Mandat schreibt keine erneute Anhörung des Parlaments vor, sollten solche Unterstützungsmaßnahmen nötig werden. Isaf-Kommandeur David Richards hat bereits erklärt, er habe die Freiheit, die 18 000 Isaf-Soldaten dort einzusetzen, wo es militärisch Sinn macht. Dazu hätten sich die Truppensteller bereiterklärt. (dpa)



Ein Bundeswehrosoldat der Isaf-Truppe mit afghanischen Soldaten im Lager in Kundus in Afghanistan. Die Bundeswehr könnte nach Überlegungen der Internationalen Schutztruppe Isaf schon demnächst im unruhigen Süden Afghanistans eingesetzt werden. Deutsche Soldaten könnten dort auch in die Kämpfe mit den Taliban-Rebellen verwickelt werden. (Foto: dpa)

Leistung und Solidarität

Prof. Dr. Michael Opielka von der FH Jena erläutert das Althaus-Modell zum Bürgergeld



Prof. Dr. Michael Opielka, Sozialpolitiker an der Fachhochschule (FH) Jena begutachtet das Bürgergeld-Modell von Althaus

Entspricht das Bürgergeld-Konzept von Dieter Althaus Ihrer Vorstellung eines Grundeinkommens?

Auch wenn ich persönlich ein anderes Modell befürworte, halte ich den Vorschlag für sehr überzeugend. Vor allem freut mich das Vertrauen des Ministerpräsidenten in die Menschen. Es ist richtig, einen Einkommensanspruch zu etablieren, der von der Teilhabe am Arbeitsmarkt unabhängig ist.

War es nicht überraschend, dass ein solcher Vorschlag aus der Union kommt?

Auf den ersten Blick schon. Doch die katholische Arbeitnehmer Bewegung und die katholische Jugend befürworten schon länger ein Grundeinkommen. Bislang prägen allerdings Ignoranz und Ängstlichkeit die Haltung der politischen Eliten.

Warum die barsche Ablehnung aus Reihen der SPD?

Es ist die Hoffnung, aus Gegnerschaft Gewinn zu ziehen. Christoph Matschie, den ich sehr schätze, ist mit derartigen politischen Pubertäten schlecht beraten. Die Verknüpfung von Sozialleistungen und Erwerbstätigkeit gilt in der SPD leider noch immer als Ideal. Aber diese Erwerbsarbeitszentrierung funktioniert nur bei Vollbeschäftigung.

Die SPD sieht aber auch Gerechtigkeitsdefizite.

Sie versucht, mit halben Wahrheiten, ein interessantes Modell zu denunzieren. Wenn es heißt, die unteren Einkommen zahlen doppelt so viel Steuer wie Gutverdiener, wird schlicht mit falschen Zahlen operiert. Denn die Bezieher von Einkommen bis zu 1600 Euro bekommen ja immer etwas hinzu.

Aber funktioniert ein System ohne Bedürftigkeitsprüfung?

Heute müssen rund sieben Millionen Empfänger von Sozialgeldern ihre Arbeitswilligkeit dokumentieren. Doch der Versuch, würdige und unwürdige Arme zu unterscheiden, scheitert meist. Wer Leistungen missbrauchen will, kommt auch durch.

Lässt sich ein Einkommen ohne Leistung mit unseren Werten vereinbaren?

Es gibt in der Bundesrepublik bereits seit 1961 ein Recht auf Sozialhilfe. Das Grundrecht auf Existenzsicherung ist in vielen Verfassungen und der Deklaration der Menschenrechte verankert. Daher passt die Idee schon zu unseren Werten. Die Frage ist, wie viel Misstrauen wir gegenüber den Menschen hegen.

Droht nicht die Selbstverwirklichung im Müßiggang?

Die droht immer. Aber schon heute hat ein Drittel der Langzeitarbeitslosen gravierende psychosoziale Probleme, die nicht mit Zwang zu lösen sind. Neben dem Bürgergeld sind natürlich weiterhin beratende und helfende Dienstleistungen nötig. Denn völlige Gerechtigkeit gibt es nie. Die Sozialpolitik hat jedoch die Aufgabe, die Bedingungen für Glück zu verbessern.

Steigert ein Bürgergeld die Motivation der Arbeitnehmer?

Nein, sie wird es in vielen Berufsfeldern weiter geben. Es bleibt eine Aufgabe der Gewerkschaften, solche Bedingungen durchzusetzen. Außerdem werden schon heute unregelmäßige Arbeitsverhältnisse zumindest als Überbrückung akzeptiert.

Ja, denn moderne wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass positive Anreize wirkungsvoller sind als negative. Das Althaus-Modell schafft die Basis für eine Wettbewerbs-Gesellschaft, in der niemand fürchten muss, in Armut abzugleiten. Es verbindet Leistung und Solidarität.

Wird so auch ein Trend zur Selbstständigkeit ausgelöst?

Das Bürgergeld wird die Bereitschaft, kalkulierte Risiken auf sich zu nehmen, erhöhen. Es geht ja um eine Kulturveränderung: Deutschland braucht viel mehr Selbstständige. Der Mut dazu muss unterstützt werden.

Ist auch mit einem höheren Jobangebot zu rechnen?

Die Arbeitgeber werden durch das Bürgergeld erheblich entlastet. Da Einkommensarten wie Zinsen stärker zur Finanzierung herangezogen werden, können die Lohnkosten sinken, es wird mehr Stellen geben. Und auch prekäre Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit verlieren ihre Brisanz. Arbeitslosigkeit wird zu einem Durchgangsphänomen, denn die Betroffenen kommen schneller wieder heraus.

Sind dann feste Löhne, geregelte Arbeitszeiten und langfristige Anstellungen passe?

Nein, sie wird es in vielen Berufsfeldern weiter geben. Es bleibt eine Aufgabe der Gewerkschaften, solche Bedingungen durchzusetzen. Außerdem werden schon heute unregelmäßige Arbeitsverhältnisse zumindest als Überbrückung akzeptiert.

Müssen auch die Unternehmen attraktiver werden?

Sie werden verstärkt darauf

achten müssen, dass die Mitarbeiter nicht aus Not bei ihnen bleiben. Die Motivation wird eine größere Rolle spielen. Darauf setzen erfolgreiche Unternehmen bereits jetzt.

Wie wirkt ein Bürgergeld auf Sparquote und Kaufkraft?

Wir wollen ja, dass die Leute sparen und für ihr Alter vorsorgen. Es wird sogar mehr Anreize für eine private Vorsorge geben. Das Entscheidende ist aber, dass insbesondere das untere Drittel der Bevölkerung mehr Geld zur Verfügung hat. Es kann zusätzlich ausgegeben werden und stabilisiert die Konjunktur.

Was haben die Familien von einem Bürgergeld?

Hartz IV schafft Anreize, sich zu trennen, das Bürgergeld, sich zusammenschließen. Und das macht aus vieler Hinsicht Sinn. Revolutionär ist, dass sich das Kindergeld verdoppelt. Im Verbund mit Betreuungsangeboten und familienfreundlichen Arbeitsplätzen lässt sich so dem Geburtenrückgang entgegenwirken.

Stärkt das Bürgergeld gemeinnützige Aktivitäten?

Es ist eine pauschale Anerkennung von Leistungsmöglichkeiten. Alle Bürger werden gewissermaßen zu Beamten. Diese bekommen ja keinen Lohn für ihre Arbeit, sondern eine Vergütung, die ihnen ihre Tätigkeit ermöglichen soll.

Führt das Bürgergeld zu Gleichmacherei?

Ein gewisses Maß an Gleichmacherei entspricht der Demokratie: Vor dem Gesetz sind alle gleich. Zudem wird ja nicht das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen verteilt, sondern etwa die Hälfte. Der Rest wird ungleich bleiben.

Was geschieht mit den überflüssigen Beamten?

Im Sozialapparat sind ja meist keine Beamten, sondern Angestellte tätig. Aber wer etwas macht, das nicht mehr gebraucht wird, muss etwas anderes tun. Es gibt beispielsweise im Bildungs- oder Gesundheitsbereich genug Bedarf. Gespräch: Oliver Will

Reform nach 30 Jahren dringend notwendig

Seit 1976 Mitbestimmung der Arbeitnehmer

Von Peter Hahne, Berlin

Für einen 30. Geburtstag ist die Gästeliste bemerkenswert prominent besetzt: Die Gewerkschaftsbosse Michael Sommer und Jürgen Peters haben sich ebenso angekündigt wie Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie alle wollen heute auf Einladung des DGB und der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung in Berlin einem Jubiläum gratulieren, der zuletzt wieder stark unter Beschuss geraten ist.

Seit nunmehr 30 Jahren dürfen in Deutschland Arbeitnehmer im Aufsichtsrat großer Kapitalgesellschaften ab 2000 Beschäftigten über die Geschicke ihres Unternehmens mitent-

scheiden. 1976 passierte das Mitbestimmungsgesetz mit großer Mehrheit den Bundestag. Doch während die Arbeitgeberverbände heute im Zuge der Europäisierung und der Globalisierung der Wirtschaft die Chance auf ein Aufweichen der Mitbestimmung wittern, drängen die Gewerkschaften auf eine Ausdehnung. Ihre Hoffnung: Nur mit einem stärkeren Gewicht der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat großer Kapitalgesellschaften lässt sich künftig vielleicht besser verhindern, dass Konzerne wie die Allianz oder die Deutsche Bank trotz Rekordgewinnen tausende Arbeitnehmer entlassen.

Denn die paritätische Mitbestimmung in den heute rund 750 Kapitalgesellschaften ist in Wahrheit gar keine – die Eigentümerseite hat durch die doppelte Stimme des Vorsitzenden im Streitfall immer das letzte Wort. Wenn es hart auf hart kommt, können die Arbeitnehmer Weg weisende unternehmerische Entscheidungen gar nicht verhindern – zumindest dann nicht, wenn die Eigentümerseite geschlossen dageginstimmt. Dennoch ist die Hans-Böckler-Stiftung in Feierlaune. Begangen werden sollen heute laut Einladung „drei Jahrzehnte erfolgreiche Praxis der Mitbestimmung“ und „mehr Demokratie in der Wirtschaft“.

Für die Gewerkschaften ist die Mitbestimmung in den Kontrollgremien neben der in den Betrieben ein Garant des sozialen Friedens – und auch ein wichtiger Grund dafür, warum Deutschland nach Japan die wenigsten Streiktage der Industrieländer hat. Ex-BDI-Präsident Michael Rogowski hingegen sprach vor einigen Jahren von einem „Fehler der Geschichte“, der korrigiert werden müsse. Und auch heute sähen es die meisten Manager wohl lieber, würde die Parität wenigstens in eine Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer zusammengestaucht. Einige sind sich die Kontrahenten nur über eins: Der Jubiläum bedarf nach 30 Jahren fast unveränderten Daseins dringend einer Reform an Haupt und Gliedern.

Wie diese auszusehen hat, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Kurz vor dem Ende seiner Kanzlerzeit hatte darum Gerhard Schröder (SPD) eine Kommission zur Reform der Mitbestimmung eingesetzt. Unter Leitung des früheren sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (CDU) arbeiten Gewerkschafter und Wirtschaftsvertreter seit Anfang des Jahres an einem Reformvorschlag für die Parlamentarier, der nach Möglichkeit einmütig ausfallen soll. Doch wie? Spätestens Ende des Jahres soll ein Konzept vorliegen, doch schon jetzt ist zu hören, dass eine Einigung kaum möglich scheint: Die Gewerkschaften wollen mehr, die Arbeitgeberverbände weniger Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat sehen. Die Arbeitgeber wollen die Kontrollgremien verkleinern, die Gewerkschaften an der heutigen Größe von 12 bis 20 Personen festhalten. Die Arbeitnehmer wollen den Wechsel früherer Vorstandschaften in den Aufsichtsrat erschweren, die Arbeitgeber hingegen unternehmensfremde Gewerkschafter aus den Aufsichtsräten fernhalten. Es wird also schwierig werden für das Geburtstagskind.

SPD und Union haben das kontroverse Thema aus ihrem Koalitionsvertrag ausgeklammert. Doch für die Mitbestimmung gilt das gleiche wie für Gesundheit, Arbeitsmarkt oder Atomkraft: Irgendwann muss der Gesetzgeber eine Entscheidung fällen.



Kurt Biedenkopf



DGB-Chief Michael Sommer (rechts) mit Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) auf einer Gewerkschaftsveranstaltung in Frankfurt am Main. (Foto: dpa)

Ende einer Ära: Deutschlands dienstältester Rathaus-Chef tritt ab

In Hannover bekommt „Schmalle“, der seit jeher als bürgernah gilt, auch von politischen Gegnern Anerkennung

Von Monika Wendel, dpa



Herbert Schmalstieg mit seiner Amtskette vor dem Rathaus in Hannover. (Foto: dpa)

Hannover. Ein kurzer Abschied wäre ihm fast am liebsten. Doch bei einem Mann, der wie kein anderer gleich zwei Superlative auf sich vereint, ist daran nicht zu denken. Schmalstieg (63) ist Deutschlands dienstältester Oberbürgermeister. Der Sozialdemokrat lenkt seit fast 35 Jahren die Geschicke der Stadt Hannover, die für die Computermesse Cebit und das weltgrößte Schützenfest bekannt ist. 1972 war er mit 28 Jahren bundesweit der jüngste Oberbürgermeister.

Nun geht eine Ära zu Ende: Bei der Kommunalwahl am 10. September überlässt Schmalstieg, der sich international einen Ruf als engagierter Friedenspolitiker erworben hat, anderen Kandidaten das Feld.

„Ich kann hinkommen auf der Welt, wo ich will, überall habe ich Freunde“, sagt Schmalstieg. Die Liste seiner Ehrenbürger-Würden, Aus-

zeichnungen und Verbandsämter ist lang – ob in Europa, Asien oder anderswo. „Ich hätte es nicht 35 Jahre als Oberbürgermeister ausgehalten, wenn

ich nicht viele Funktionen auch außerhalb des Amtes inne gehabt hätte.“ Der Rathaus-Chef, für den als Alternative ein Posten als Sparkassen-Vorstand in Frage gekommen wäre, war unter anderem Präsident des Deutschen Städtetages.

Für die Zeit des „Ruhestands“ hat Schmalstieg bereits zahlreiche Anfragen auf dem Tisch – für Vorträge, Auslandsaufenthalte und Berater-Tätigkeiten. Aus der Kommunalpolitik in Hannover, wo auch Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) zu Hause ist, will er sich künftig ganz heraushalten. Dort bekommt „Schmalle“, der seit jeher als bürgernah gilt, auch von politischen Gegnern Anerkennung. Sie wissen, dass er in der Stadt an der Leine bei nahe einem lebenden Denkmal gleichkommt.

„In Hannover steht er auf einem Sockel“, meint CDU-Bürgermeisterkandidat Dirk Toepfer. Auch Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) sagt mit großem Respekt: „Herbert Schmalstieg genießt in seiner Heimatstadt einen Bekanntheitsgrad, von dem andere Politiker nur träumen können.“ Viele Großereignisse seien mit seinem Namen verbunden, darunter die Weltausstellung Expo 2000 in Hannover.

Dieses – wenngleich nicht unumstrittene – Projekt ist es auch, das Schmalstieg als seinen „größten Erfolg“ bezeichnet. „Ohne die Weltausstellung hätte sich Hannover nicht so entwickelt“, schwärmt er und meint das Verkehrsnetz, der in der Stadt an der Leine bei nahe einem lebenden Denkmal gleichkommt.

war die Expo 2000 wegen des schleppenden Beginns mit einem Verlust von etwa 1,1 Milliarden Euro zu Ende gegangen. Statt der erwarteten 40 Millionen Besucher waren nur 18 Millionen gekommen.

Der 63-Jährige ist auch in vielen europäischen Ländern, in den USA und in Japan bekannt. Als Stadtoberhaupt Hannovers mit einer reichen Jazz-Szene wurde er zum Ehrenbürger von New Orleans ernannt. Aber auch in den Partnerstädten Hiroshima und Posen trägt er diesen Titel. Unermüdet ist vor allem sein Einsatz für Frieden, Völkerverständigung und die Wahrung der Menschenrechte. Dabei bleibt für Schmalstieg ein Ausspruch des früheren SPD-Bundeskanzlers Willy Brandt aktuell: „Wer miteinander redet, schießt nicht.“